



SPD-Linke-Senat ins Visier nehmen!

Alle gemeinsam: Für eine Demo zum Roten Rathaus!

Die ver.di-Tarifkommission hat am Montag entschieden, den Streik über die geplanten zehn Tage hinaus auszudehnen. Das ist absolut nötig, schließlich haben sich die Arbeitgeber in der Tarifaufeinandersetzung noch kein Stück auf uns zubewegt. Es ist leider auch nicht zu erwarten, dass sich diese Situation bis Freitag ändert. Dass jetzt diskutiert wird, den Streik doch ab Freitag auszusetzen, ist nicht vertretbar. Der SPD-Linke-Senat setzt weiterhin darauf den Streik auszusitzen, hat sogar die Zahl der „Notfahrplan“-Busse erhöht.

In der Zwischenzeit geht die Hetze gegen die BVG-Beschäftigten weiter. Ausgerechnet die Partei Die Linke spricht davon, dass der Streik Ausdruck der West-Berliner Mentalität der Überversorgten sei. **Und das nachdem im Jahr 2005 Lohnkürzungen von 30% bei den Neueingestellten und von 10% bei den Altbeschäftigten durchgesetzt wurden** und nachdem die BT und andere Subunternehmen gegründet wurden, um das Lohnniveau noch deutlicher zu senken.

Der Senat hofft darauf, dass durch den Ausfall im Personennahverkehr die Stimmungsmache in der Öffentlichkeit auf Zustimmung stößt. Doch nicht wir als Beschäftigte sind für den Ausfall der Busse und U-Bahnen verantwortlich. **Es ist der SPD-LINKE-Senat, der uns erneut Reallohnverluste verordnen will.** Es wird Zeit, eben dies nach außen zu tragen.

Demo zum Roten Rathaus

Wir schlagen vor, den Druck auf die politisch Verantwortlichen deutlich zu erhöhen: Durch eine gemeinsame Demonstration zum Roten Rathaus mit anschließender eintägiger Belagerung des Senats. Wenn nicht mehr darüber berichtet wird, dass die BVG-Beschäftigten überversorgt und maßlos sind, sondern darüber, dass tausende BVG-Beschäftigte vor dem SPD-Linke-Senat zum Einlenken in der Tarifaufeinandersetzung demonstrieren, macht das deutlich, wer am Ausfall des Personennahverkehrs die Schuld trägt. Wenn die Herren Politiker direkt ins Visier genommen werden, hat das auch positive Auswirkungen auf ihren „Verhandlungswillen“.

Zu so einer Aktion sollte man auch die anderen Beschäftigten im öffentlichen

Dienst in Berlin einbeziehen. Beispielsweise sind die Beschäftigten von Ämtern, Verwaltungen, KiTas und so weiter momentan auch in Tarifaufeinandersetzungen mit dem Land Berlin.

■ **Demonstration zum Roten Rathaus mit anschließender eintägiger Belagerung**

■ **Gemeinsame Aktionen mit den anderen, sich in Tarifaufeinandersetzungen befindenden Beschäftigten des öffentlichen Dienstes**

Streikvollversammlungen

Es ist davon auszugehen, dass die Auseinandersetzung hart bleibt. Um diese zu gewinnen, ist es nötig, dass die Streikenden sich über die Betriebshöfe hinaus vernetzen, über Aktionen diskutieren und beschließen. So kann auch dem Gefühl der Vereinzelung auf kleineren Betriebshöfen entgegen gewirkt werden.

Konkret müssen vor Ort tägliche Streikversammlungen organisiert werden, auf denen die neuesten Entwicklungen und das weitere Vorgehen gemeinsam diskutiert werden. Es müssen vor Ort Delegierte gewählt werden, die sich über die Betriebshöfe hinaus treffen und über gemeinsame Aktionen und den weiteren Verlauf des Streiks beschließen. Diese müssen vor Ort rechenschaftspflichtig sein und jederzeit abgewählt werden können.

Vielen Kolleginnen und Kollegen steckt

Stadtrundfahrt

Einige Kolleginnen und Kollegen haben überlegt die Busse des „Notfahrplans“ zu besetzen. Jeder und jede Beschäftigte hat einen Fahrausweis, so könnte man sich mit 50 Leuten verabreden und eine Tour in einem Bus des „Notfahrplans“ machen. Einerseits ist es immer wieder schön die Berliner Straßen zu sehen, andererseits wäre der Bus in dem Moment voll und der Plan des Senats den Streik durch Erweiterung des „Notfahrplans“ auszusitzen, durchkreuzt.

auch die Erfahrung aus dem Jahr 2005 noch in den Knochen, damals wurde einem Absenkungstarifvertrag TV-N zugestimmt, dessen volle Tragweite erst im Nachhinein klar wurde. Um dies zu verhindern, müssen die Verhandlungen transparent geführt werden, und die Beschäftigten zu jeder Zeit über den Stand der Verhandlungen informiert werden.

Bevor der Streik ausgesetzt wird, müssen erst die konkreten Bedingungen des Angebots von den Beschäftigten diskutiert und mehrheitlich angenommen werden. Schließlich sind wir es, die am Ende zu den ausgehandelten Bedingungen arbeiten müssen.

■ **Streikvollversammlungen auf täglicher Basis**

■ **Wahl von Delegierten, die über den weiteren Verlauf des Arbeitskamps entscheiden: Auf Basis von Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Abwählbarkeit**

■ **Kein Abschluß ohne Diskussion und mehrheitlicher Annahme**

Einladung zur Netzwerk-Veranstaltung zur BVG:

Donnerstag, 13. März

um 18.00 Uhr im Foyer der ver.di-Bundeszentrale am Paul-Thiede Ufer, nahe Ostbahnhof oder nehmt Kontakt zu uns auf: berlin@netzwerk-verdi.de / 0178 7 24 24 42

Netzwerk
für eine kämpferische und demokratische



Infos, Kontakt und ViSdP: Stephan Kimmerle, Friedrichsberger Str. 4, 10243 Berlin, 0178 7 24 24 42, berlin@netzwerk-verdi.de

www.netzwerk-verdi.de